



# Energie und Rohstoffe für morgen

Ergebnisse IHK-Unternehmensbarometer 2012



Unter dem Titel „Energie und Rohstoffe für morgen“ stellt der DIHK die Auswertung der Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt der IHK-Organisation beteiligt hat.

Grundlage der Auswertung sind 1.520 Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (31 Prozent), Bauwirtschaft (4 Prozent), Handel (22 Prozent) und Dienstleistungen (43 Prozent).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 20 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 37 Prozent aus dem Westen, zu 14 Prozent aus dem Osten und zu 29 Prozent aus dem Süden. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Umfrage fand vom 5. bis 12. Dezember 2011 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2012

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel

ISSN 1863-883X

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.  
Dr. Alexander Schumann, Dr. Dirk Schlotböller (verantwortlich)

Dr. Hermann Hüwels, Dr. Sebastian Bolay, Jakob Flechtner, Corinna Grajetzky (Text)

Stand Januar 2012



# Inhalt

	Seite
<b>Die wesentlichen Ergebnisse in Kurzform</b>	<b>1</b>
<b>1. Herausforderungen bei der Energie- und Rohstoffversorgung nehmen zu</b>	<b>2</b>
1.1. Steigende Preise: Risiko für die Wirtschaft	2
1.2 Unternehmen fürchten Stromunterbrechungen	3
1.3 Regulierung behindert Unternehmen	4
1.4 Sichere und bezahlbare Rohstoffversorgung – Topthema für die deutsche Wirtschaft	5
1.5. Preisentwicklung immer schwerer kalkulierbar	6
1.6 Zugang, Qualität und Regulierung werden bei Rohstoffen zum Problem	8
<b>2. Die Wirtschaft handelt!</b>	<b>10</b>
2.1 Energie: Höhere Effizienz, neue Lieferanten, mehr Eigeninitiative	10
2.2 Konkurrenz um Rohstoffe: Diversifizierung und Ressourcenmanagement als Antwort	13
2.3 Deutschland als Industriestandort unter Druck	15
<b>3. Deutsche Wirtschaft fordert verlässliche Rahmenbedingungen</b>	<b>16</b>
3.1 Die Energiewende meistern: Höhere Akzeptanz, mehr Europa, weniger Abgaben auf Strompreise	17
3.2. Zugang zu Rohstoffen zu wirtschaftlichen Preisen sichern	19
3.3 Energie- und Ressourceneffizienz: Unterstützen statt verordnen	19



## Die wesentlichen Ergebnisse in Kurzform:

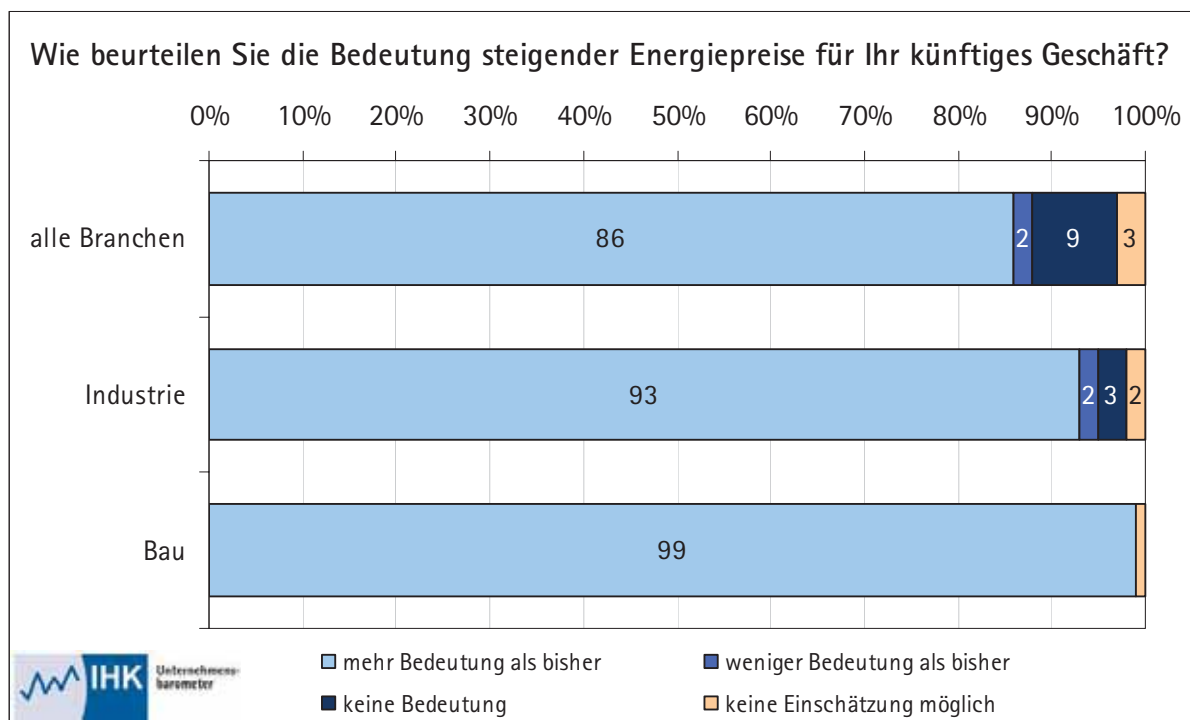
- Bei der Energie- und Rohstoffversorgung sehen sich die Unternehmen großen Herausforderungen gegenüber, vor allem Preissteigerungen und die Versorgungssicherheit sind Probleme. Steigende Preise für Energie haben bei 86 Prozent der Unternehmen mehr Bedeutung als bisher. Daher plädieren 64 Prozent dafür, staatliche Abgaben auf den Strompreis zu reduzieren. Der Instrumentenmix aus CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikatehandel, Erneuerbare-Energien-Gesetz und Energiesteuern führt dazu, dass Energie unnötig verteuert wird. Der DIHK fordert daher, die Instrumente besser aufeinander abzustimmen und die Belastungen für die Unternehmen dadurch zu begrenzen.
- 58 Prozent befürchten Stromausfälle. Das sind zwar zahlenmäßig weniger als bei Preissteigerungen, doch sind die Auswirkungen ungleich gravierender: Stromunterbrechungen können Produktionsprozesse lahmlegen, Anlagen zerstören und den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiver machen.
- Mit der beschleunigten Energiewende hat Deutschland in Europa einen Sonderweg eingeschlagen. Die große Mehrheit der Unternehmen (76 Prozent) fordert hingegen, die deutsche Energiepolitik wieder stärker in den europäischen Kontext einzubetten und insbesondere den grenzüberschreitenden Stromhandel in der EU auszubauen.
- Um die Energieversorgung in Deutschland auch in Zukunft sicher und stabil zu halten, erwarten der DIHK und die deutschen Unternehmen mehr Engagement seitens der Politik. Aufgabe der Politik ist es, die öffentliche Akzeptanz für den Ausbau der Stromnetze zu stärken (92 Prozent). Die Unternehmen sehen darin eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Die IHKs sind bereit, ihre Expertise vor Ort einzubringen.
- Steigende Rohstoffpreise sind für 76 Prozent der Unternehmen und insbesondere die Industrieunternehmen (93 Prozent) ein Problem. Auch ein ausreichendes Angebot von Rohstoffen wird zunehmend angezweifelt (47 Prozent).
- Bundesregierung und EU müssen sich deshalb für einen freien Zugang zu Rohstoffen einsetzen, zum Beispiel durch Rohstoffpartnerschaften als flankierende Maßnahme zu den Bemühungen der Unternehmen. Sehr kritisch betrachten die Unternehmen jedoch die Idee, eine europaweite Rohstoff-Steuer einzuführen: Nur eine kleine Minderheit von 17 Prozent der Unternehmen hält dies für eine sinnvolle politische Maßnahme.
- Als Antwort auf die Herausforderungen setzen viele Unternehmen auf Effizienzmaßnahmen: Drei Viertel haben bereits Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen oder planen solche. Über die Hälfte der Unternehmen kümmert sich um einen effizienteren Einsatz von Rohstoffen.
- Von der Politik erwarten DIHK und Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie wollen keine starren Vorgaben, sondern möchten hier eigenverantwortlich agieren. Mit großer Mehrheit (85 Prozent) fordern sie, die Rahmenbedingungen für neue Technologien zu verbessern.
- In der Industrie sagt jedes fünfte Unternehmen, dass es Kapazitäten verlagert hat oder dies plant. Der Industriestandort Deutschland verliert mit Blick auf Energie- und Rohstoffversorgung erheblich an Qualität.

# 1. Herausforderungen bei der Energie- und Rohstoffversorgung nehmen zu

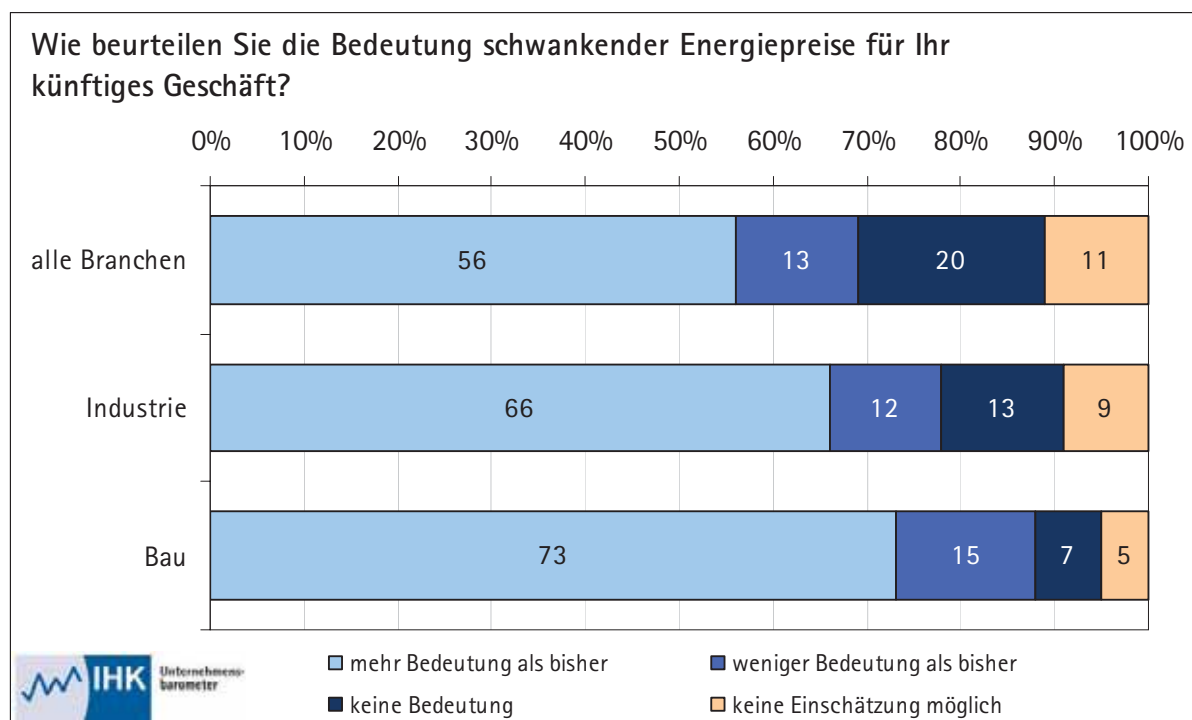
Bei der Energie- und Rohstoffversorgung sehen sich die Unternehmen immer größeren Herausforderungen gegenüber. Ganz zentral dabei sind Steigerungen und Schwankungen der Preise. Aber auch ein ausreichendes und sicheres Angebot von Energie und Rohstoffen selbst wird nicht mehr als gegeben angenommen.

## 1.1. Steigende Preise: Risiko für die Wirtschaft

Unter dem Eindruck des Reaktorunfalls im japanischen Fukushima hat die deutsche Politik beschlossen, die Gewinnung von Strom aus Kernenergie bis 2022 zu beenden. Acht Kernkraftwerke wurden sofort vom Netz genommen, die verbliebenen scheidern schrittweise aus der Stromproduktion aus. Bis 2050 sollen 80 Prozent des Stroms und 60 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Modernisierung der Stromnetze, die Schaffung von Speichern oder die Erneuerung des Kraftwerksparks müssen finanziert werden und belasten die Stromrechnungen von Unternehmen und Verbrauchern. Es überrascht daher kaum, dass 86 Prozent der deutschen Unternehmen steigenden Energiepreisen mehr Bedeutung für ihr künftiges Geschäft beimessen als bisher. Bei den Unternehmen der Industrie sind es 93 Prozent und in der Bauwirtschaft sogar 99 Prozent, die stärkere Auswirkungen steigender Energiepreise erwarten.



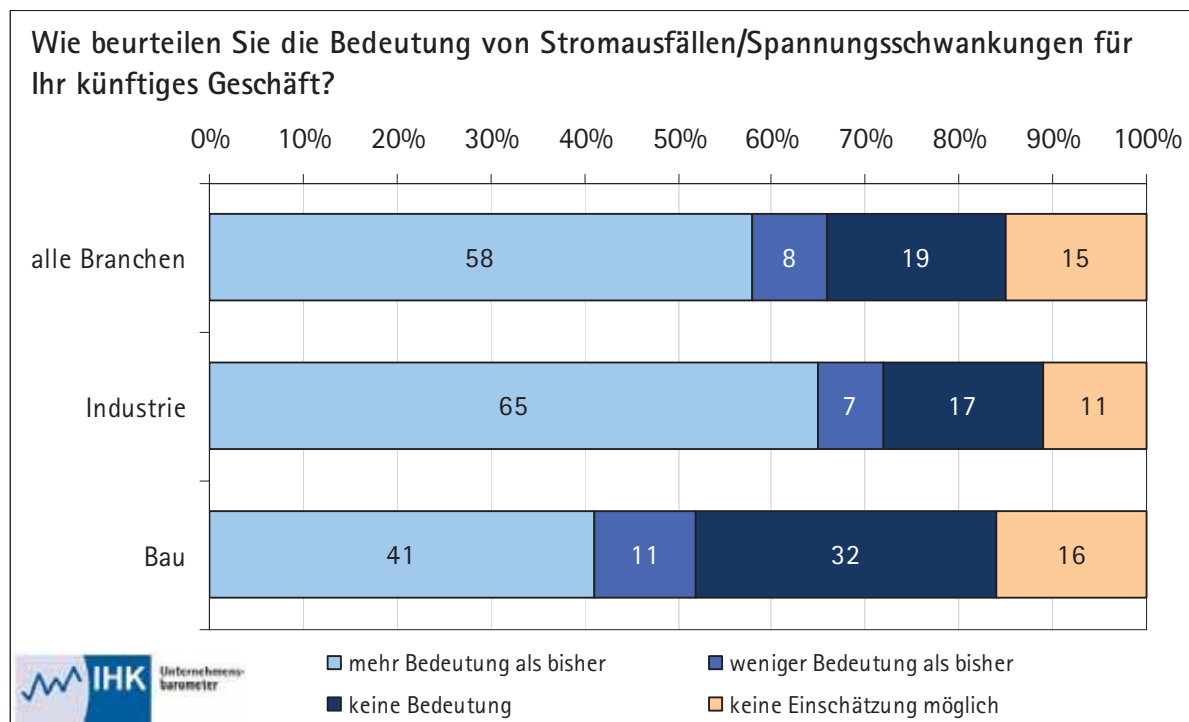
Eine weitere zentrale Herausforderung für die Wirtschaft sind die zunehmenden Schwankungen der Energiepreise: Die Liberalisierung der Energiemärkte bringt es mit sich, dass die Preise zwischen Erzeugern und gewerblichen Abnehmern frei vereinbart werden können. Für Öl, auch in Form von Treibstoffen, ist die Preisbildung am Markt schon lange Realität, für Gas inzwischen auch. An der Leipziger Strombörse EEX bilden sich Referenzkurse für längerfristige und auch kurzfristige Stromlieferungen, die sich nach Angebot und Nachfrage richten. So schwankte 2011 der stundengewichtete Durchschnittspreis pro Tag (Phelix Day Peak) zwischen 8 Euro und knapp 80 Euro je MWh. Ausschlaggebend für die Preisspannen sind zunehmend die erneuerbaren Energien, die 2011 bereits knapp 20 Prozent des Stroms lieferten: Wenn bei Sonne und Starkwind große Mengen Strom auf den Markt kommen, entstehen Preisausschläge nach unten, bei Schwachwind ohne Sonneneinstrahlung nach oben. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren werden Preisschwankungen normal. Sie sind Risiko und Chance zugleich, 56 Prozent der Unternehmen sehen darin folglich eine wachsende Bedeutung für ihr künftiges Geschäft. Wiederum sind Industrie (66 Prozent) und Bauwirtschaft (73 Prozent) überproportional betroffen.



## 1.2 Unternehmen fürchten Stromunterbrechungen

Die sofortige Abschaltung von acht Kernkraftwerken hat zur Folge, dass die gesicherte Leistung gesunken ist. Das Risiko eines breitflächigen Stromausfalls ist gestiegen, so die Bundesnetzagentur. Die Unternehmen messen diesem Thema infolgedessen eine ähnliche hohe Bedeutung bei wie den Preisschwankungen: 58 Prozent der Unternehmen insgesamt und 65 Prozent der Industrieunternehmen sehen in Stromausfälle und Spannungsschwankungen eine höhere Relevanz für ihr Geschäft an als bisher. Dies zeigt, dass die Energieversorgungssicherheit in Deutschland keinesfalls mehr als gegeben betrachtet wird. Sie droht vielmehr zunehmend zu einem Geschäftsrisiko zu werden. Auch für 59 Prozent der Dienstleistungsunternehmen ist Versorgungssi-

cherheit ein zunehmend wichtiges Thema. So sind z.B. IT-Dienstleistungen direkt von einer sicheren Stromversorgung abhängig. Die hohe Versorgungssicherheit war bisher und ist noch ein zentraler Standortvorteil für Deutschland: Während hierzulande bisher im Durchschnitt Unterbrechungen von 16 Minuten pro Jahr entstehen, sind es in den USA 200 Minuten. Bislang hatten die Unternehmen die sichere Energieversorgung noch als Vorteil des Industrielandes Deutschland bewertet, aber bereits im Verlauf des Jahres 2011 Sorgen um eine zuverlässige Versorgung zum Ausdruck gebracht.<sup>1</sup>



Um Strompreise sorgen sich mehr Unternehmen als um Stromausfälle und Spannungsschwankungen. Der Unterschied beträgt 18 Prozentpunkte. Das ist erklärlich, betreffen doch Preissteigerungen direkt jedes Unternehmen. Kleinere Spannungsschwankungen stören das Tagesgeschäft vieler Dienstleister hingegen nicht. Kommt es hingegen zu Stromausfällen sind die Konsequenzen ungleich gravierender als Strompreissteigerungen: Stromunterbrechungen sind nicht nur lästig, sie können Produktionsprozesse lahmlegen, Anlagen zerstören und den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiver machen. Mit der Abschaltung der acht Kernkraftwerke hat sich die Zahl der Eingriffe der Netzbetreiber mehr als verdoppelt. Kraftwerke müssen in schneller Folge zu- oder abgeschaltet werden, um das Netz stabil zu halten. Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

### 1.3 Regulierung behindert Unternehmen

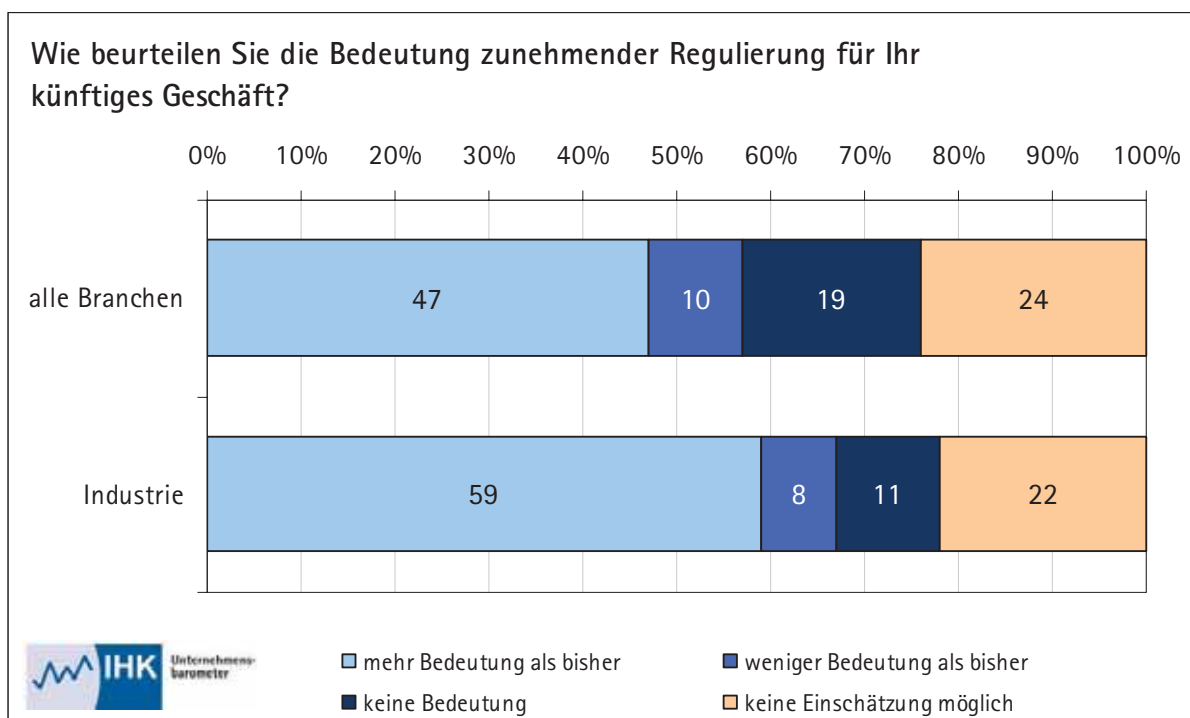
Um die Energiemärkte der Zukunft zu gestalten, muss der Staat für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen Rahmenbedingungen schaffen. Er muss gewährleisten, dass zu jeder

<sup>1</sup> Vgl. DIHK-Umfrage zum Industriestandort Deutschland, August 2011.



Zeit ausreichend Strom in die Netze eingespeist werden kann und wird. Die Betreiber der Übertragungsnetze und die Verteilnetzbetreiber müssen zu Investitionen angeregt werden. Dazu gehört z.B., Planfeststellungsverfahren zu beschleunigen.

Gleichzeitig beginnt der Gesetzgeber, auf eine Senkung der Nachfrage nach Energie hinzuwirken: Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, dass die Energieversorger dafür sorgen müssen, den Energieverbrauch ihrer Endkunden pro Jahr um 1,5 Prozent zu reduzieren. Zugleich plant die Bundesregierung, Unternehmen, die derzeit aus Gründen der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit teilweise von der Zahlung der Ökosteuer befreit sind, zu jährlichen Energieeinsparungen durch Energiemanagementsysteme zu verpflichten. Die zunehmende Regulierung des Energieeinsatzes wird von 47 Prozent der Unternehmen als Herausforderung empfunden. Auch hier ist der Wert bei Industrieunternehmen wegen der stärkeren Betroffenheit von verbrauchslenkenden Vorschriften höher (59 Prozent) als in anderen Teilen der Wirtschaft. Sinnvoller ist es z.B., Informationsbarrieren abzubauen und den Unternehmen bei der Steigerung der Effizienz zu helfen, anstatt direkt regulierend einzugreifen.

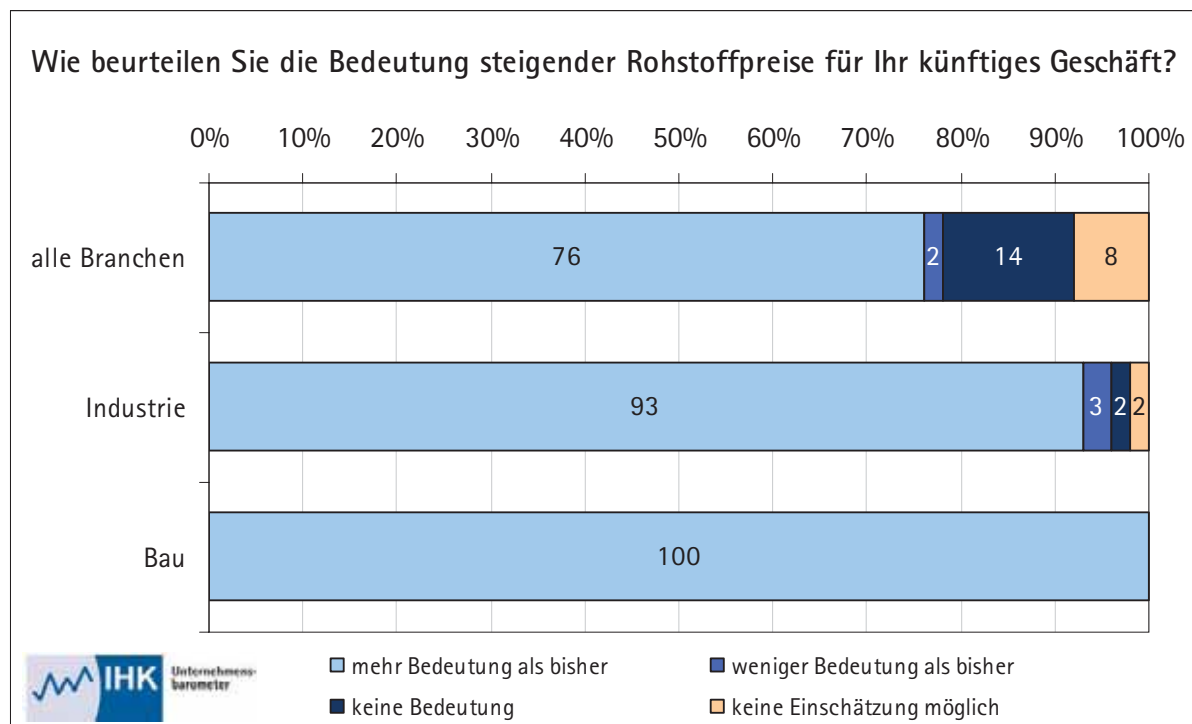


#### 1.4 Sichere und bezahlbare Rohstoffversorgung – Topthema für die deutsche Wirtschaft

Die Bedeutung einer sicheren Rohstoffversorgung haben die Unternehmen zunehmend im Fokus. Auslöser für das deutlich gewachsene Problembewusstsein sind die massiv gestiegenen Preise für Industriemetalle und Agrarrohstoffe. Die Verknappung der Seltenen Erden hat vielen Industrieunternehmen deutlich gemacht, dem Rohstoffmanagement ein deutlich höheres Gewicht beizumessen. Nachdem 2010 bereits 58 Prozent der Unternehmen in den steigenden Preisen für

Rohstoffe ein Problem für ihr Geschäft sahen<sup>2</sup>, bewerten nun sogar 76 Prozent der Unternehmen die Verteuerung der Rohstoffe als Herausforderung. Gleiches gilt für den Zugang zu Rohstoffen, den die Unternehmen mittlerweile noch kritischer bewerten. So sieht 2011 fast die Hälfte diesen als gefährdet an, das ist annähernd eine Verdoppelung des Wertes von 2010 (2010: 26 Prozent, 2011: 47 Prozent). Wo wir im letzten Jahr noch feststellten, eine „Rohstoffklemme zeichnet sich ab“, müssen wir heute erkennen, die „Rohstoffklemme spitzt sich zu“.

### 1.5. Preisentwicklung immer schwerer kalkulierbar



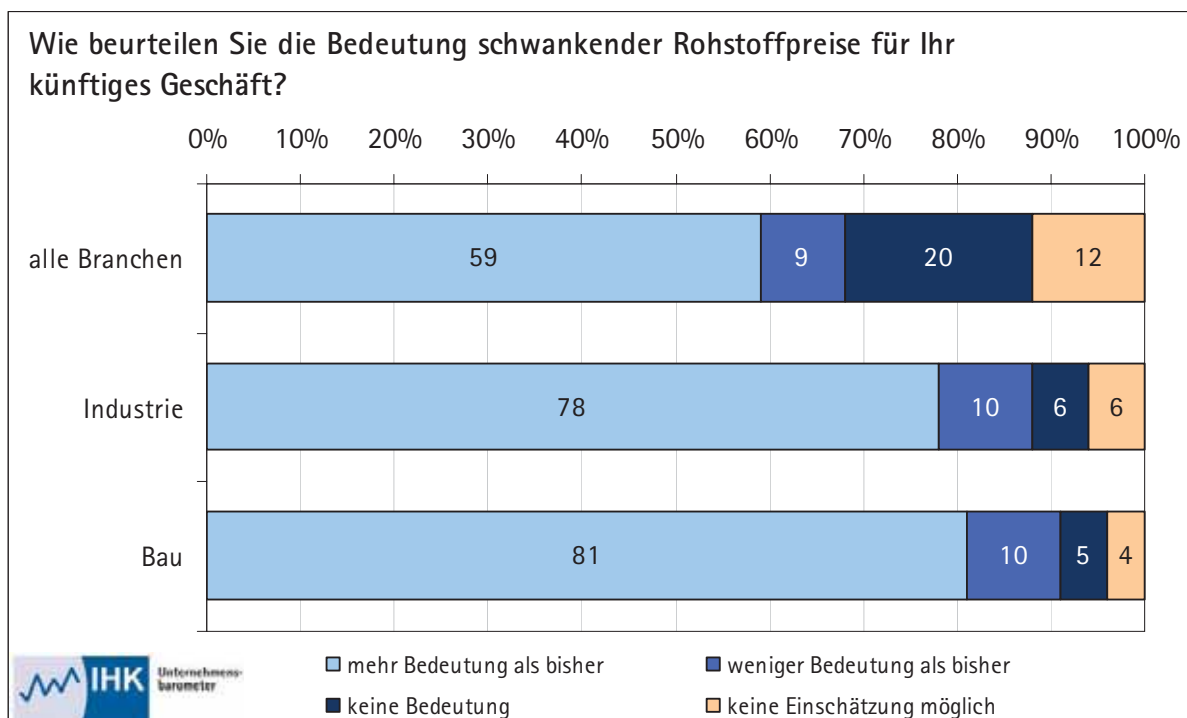
Bei den meisten Unternehmen setzt sich die Herausforderung aus der Kombination von steigenden Preisen einerseits und schwer kalkulierbaren Preisen andererseits zusammen: 76 Prozent benennen steigende Rohstoffpreise als Problem. Selbst bei Industrieunternehmen, die bereits 2010 zu 91 Prozent weitgehend alarmiert waren, stieg der Wert noch einmal auf 93 Prozent weiter an. Vor allem bei den Importrohstoffen waren gegenüber 2010 zuletzt erhebliche Preissteigerungen zu beobachten. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sich dieser Trend langfristig fortsetzt – dafür sprechen vor allem der weltweite Bevölkerungsanstieg und das kräftige Wirtschaftswachstums der Schwellenländer.

Steigende Rohstoffpreise führen zu höheren Produktionskosten, die angesichts der spürbar nachlassenden Nachfrage nur schwer auf die Verkaufspreise übergewälzt werden können. In Deutschland zeigt die Erfahrung, dass insbesondere die Lebensmittelbranche Preissteigerungen beim preisbewussten deutschen Verbraucher kaum durchsetzen kann. Angesichts der harten Konkurrenz auf den Weltmärkten fällt eine Preisüberwälzung auch den deutschen Industrieun-

<sup>2</sup> „Rohstoffklemme zeichnet sich ab“, DIHK-Auswertung zum Unternehmensbarometer, November 2010

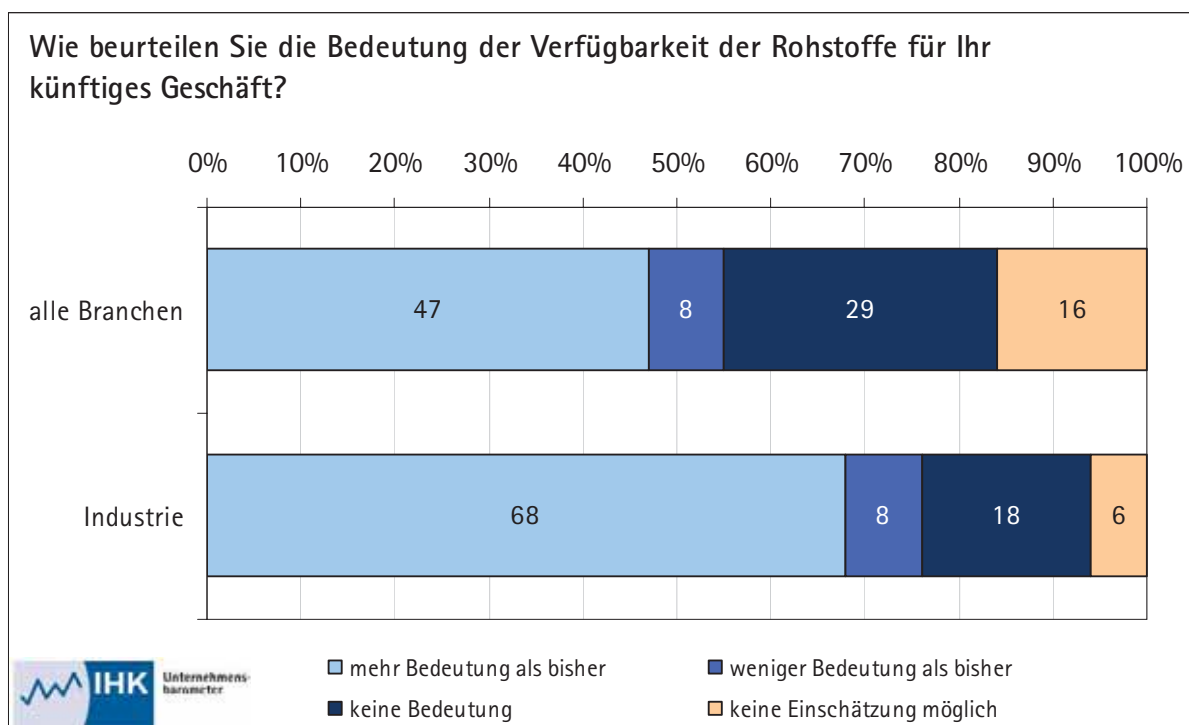
ternehmen schwer. Auch die Preise heimischer Rohstoffe steigen, darauf deuten die Antworten aus der Bauwirtschaft hin: 100 Prozent benennen Preisanstiege als Problem. Die Bauwirtschaft bezieht in erheblichem Umfang mineralische Rohstoffe wie Kiese und Sande, die in der jeweiligen Region abgebaut werden und sich angesichts nicht ausreichend erschlossener Abbauflächen verteuern.

Mehr noch als bei der Energieversorgung stellen Preisschwankungen bei der Rohstoffversorgung für die Unternehmen (59 Prozent) ein Problem dar. Absicherungsgeschäfte können dabei zwar Luft verschaffen, werden aber bei höherer Preisvolatilität teurer. Die Industrie ist in besonderem Maße von importierten Industrierohstoffen abhängig und bekommt die in Unruhe geratenen globalen Rohstoffmärkte mit voller Wucht zu spüren. Drei Viertel der Industrieunternehmen (76 Prozent) sehen darin ein Risiko. Auch die Bauwirtschaft schätzt Preisschwankungen als besonders kritisch ein (81 Prozent). Sie erschweren den Rohstoffeinkauf, weil bei Preisverfall zu teuer eingekaufte Lagerbestände die Wettbewerbsfähigkeit belasten. Preisschwankungen wirken sich auch unmittelbar auf die Rentabilität der Erschließung neuer Rohstoffvorkommen aus. Dies gilt z.B. für Minenprojekte für Gewinnung Seltener Erden in Brasilien, USA und Australien. China hat angekündigt, die Exporte Seltener Erden auf 10.546 Tonnen im ersten Halbjahr 2012 zu begrenzen – bei einem Anteil von 97 Prozent am Weltmarkt und einem globalen Bedarf von 120.000 Tonnen. Das ist eine Kürzung um 27 % gegenüber dem Vorjahr. Preisschwankungen werden folglich auch in den kommenden Jahren die Rohstoffmärkte kennzeichnen.



## 1.6 Zugang, Qualität und Regulierung werden bei Rohstoffen zum Problem

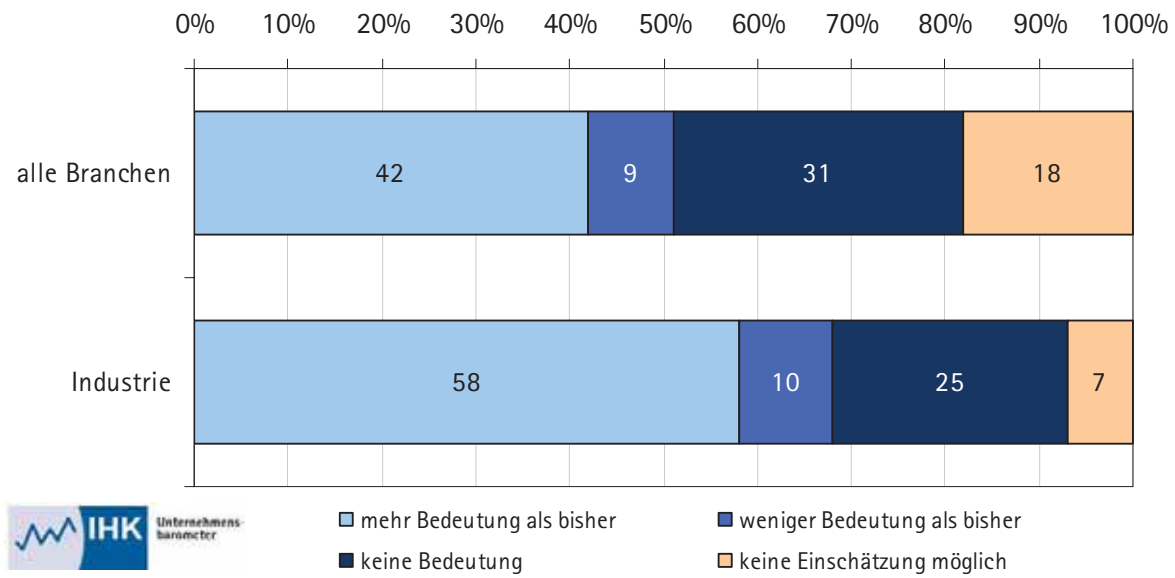
Besorgniserregend, aber angesichts solcher Nachrichten nicht überraschend: Fast die Hälfte der Unternehmen (47 Prozent) und mehr als zwei Drittel der Industrieunternehmen (68 Prozent) sehen sogar Risiken bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen. 2010 waren es 26 Prozent, bei den Industrieunternehmen 58 Prozent, die beim Zugang zu Rohstoffen ein Problem sahen. Bei importierten Industrierohstoffen spiegelt sich darin die Beobachtung wider, dass der Export von Rohstoffen in zunehmender Weise strategisch verknappt wird. Solche Verknappungen, Handelshemmnisse und Absprachen treiben die Preise hoch. Gleichzeitig steigt die Binnennachfrage in Schwellenländern wie China, die in der Vergangenheit große Mengen an Rohstoffen exportiert hatten. Zudem geht mit dem Klimawandel das Risiko von Missernten einher, die das Rohstoffangebot für die Lebensmittelerzeugung verknappen.



Auch die Qualität der Rohstoffe wird für die Wirtschaft zu einem Problem: 42 Prozent aller Unternehmen und 58 Prozent der Industrieunternehmen erwarten hier für die Zukunft mehr Schwierigkeiten. Das trifft gerade die deutsche Industrie hart, da sie hoch spezialisiert ist und nicht nur viele unterschiedliche Rohstoffe benötigt, sondern auch Rohstoffe von hoher Qualität und Reinheit. Für die Herstellung moderner Technologien wie Mikrochips, Solarzellen oder technische Keramikprodukte sind hochreine Materialien erforderlich.

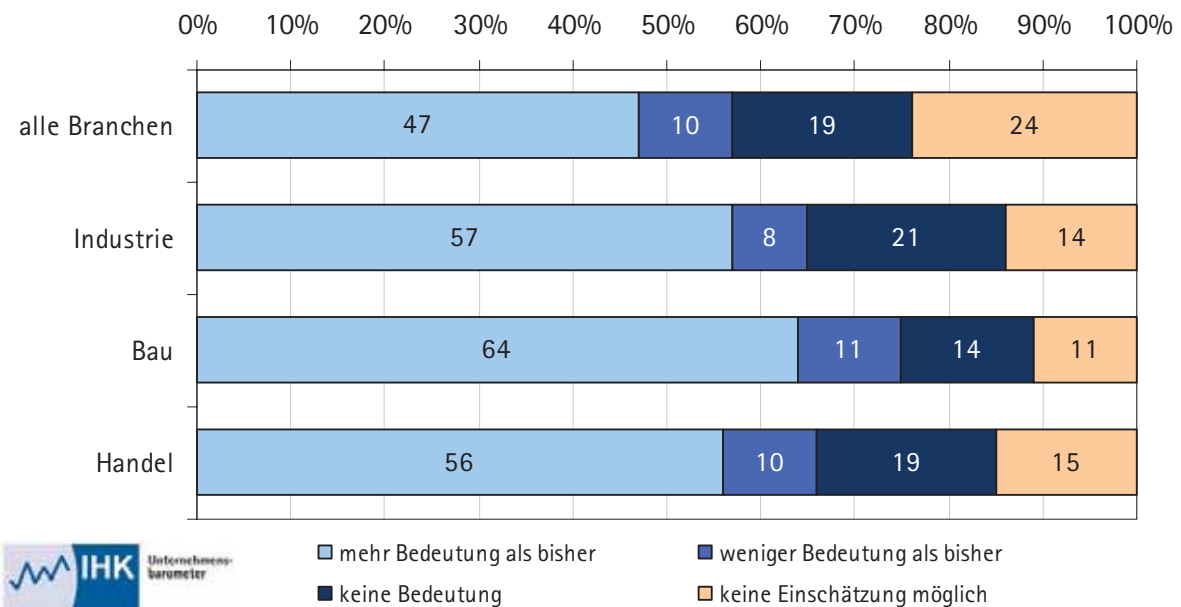
Die Hälfte der Unternehmen (49 Prozent) befürchtet, dass der Rohstoffverbrauch in Zukunft zunehmend reguliert wird. Bei Industrie, Bau und Handel liegen die Werte deutlich höher. Die Effizienz des Rohstoff- und Materialeinsatzes soll über eine Ausweitung produktbezogener Vor-

### Wie beurteilen Sie die Bedeutung der Qualität der Rohstoffe für Ihr künftiges Geschäft?



schriften neuen Vorgaben unterworfen werden. In der EU wird eine Strategie zur Steigerung der Ressourceneffizienz diskutiert und eine stärkere Besteuerung der Nutzung von Ressourcen vorgeschlagen. Die deutsche Politik denkt über ein Ressourceneffizienzprogramm nach (ProgRess), das ebenfalls in neue Regulierung für Produkte und Produktion münden kann.

### Wie beurteilen Sie die Bedeutung zunehmender Regulierung im Rohstoffbereich für Ihr künftiges Geschäft?

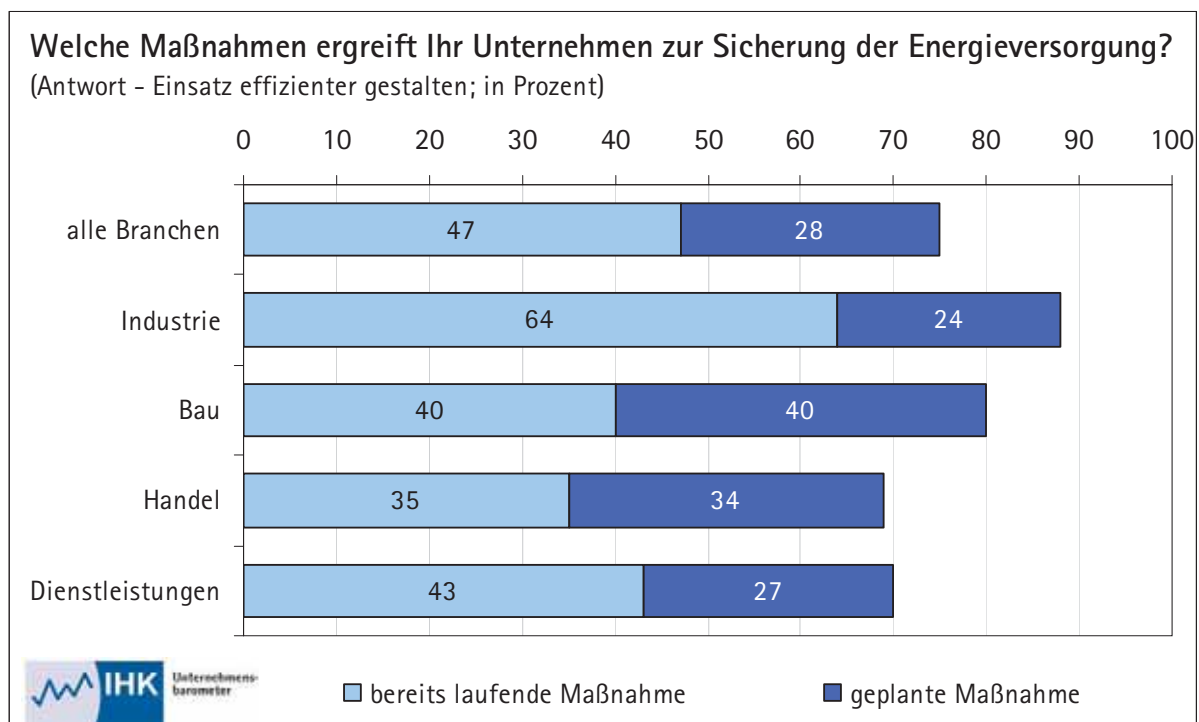


## 2. Die Wirtschaft handelt!

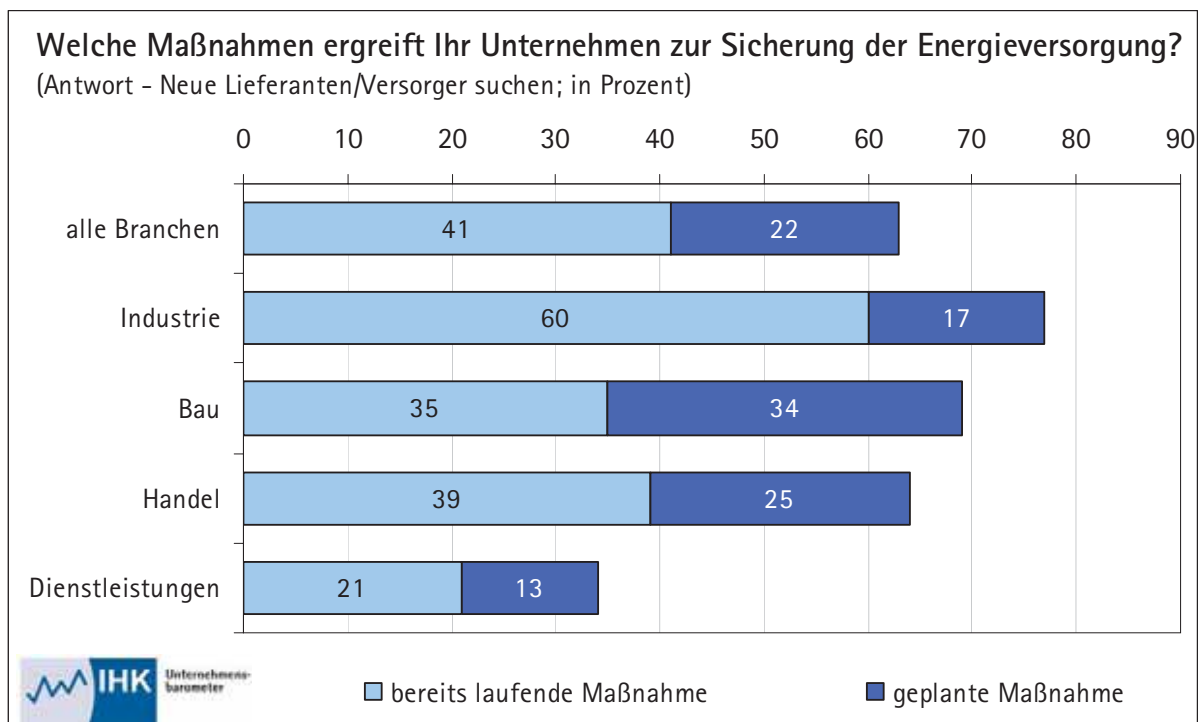
Da die Versorgung mit Energie und Rohstoffen zu wirtschaftlichen Preisen vielfach nicht mehr hinreichend gesichert ist, beschreiten viele Unternehmen neue Wege. Das Spektrum reicht von Änderungen der Lieferverhältnisse über die Steigerung der Effizienz bis hin zur Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland.

### 2.1 Energie: Höhere Effizienz, neue Lieferanten, mehr Eigeninitiative

Die Steigerung der Energieeffizienz steht für deutsche Unternehmen hoch im Kurs: 75 Prozent aller Unternehmen verfolgen die Strategie, mehr zu schaffen mit weniger Energie. Für fast die Hälfte (47 Prozent) ist das bereits Alltag, 28 Prozent stehen vor der Umsetzung geplanter Effizienzmaßnahmen. Vorreiter ist die Industrie: 88 Prozent aller Industrieunternehmen kümmern sich um einen effizienteren Energieeinsatz. Für gut zwei Drittel (64 Prozent) gehört dies bereits zum business as usual, knapp ein Viertel (24 Prozent) will das Thema jetzt aufgreifen. Auch im Baugewerbe liegt der Anteil der Unternehmen, die die Energieeffizienz steigern wollen, mit 80 Prozent über dem Schnitt. Auffällig ist in dieser Branche der hohe Anteil der „Einsteiger“ in Energieeffizienzmaßnahmen von 40 Prozent. Die Handelsunternehmen sind ebenfalls zu über zwei Dritteln (69 Prozent) sehr aktiv bei Energieeffizienzmaßnahmen; 35 Prozent haben solche bereits ergriffen und 34 Prozent planen sie. Auch für Unternehmen im Dienstleistungssektor ist die Verbesserung Energieeffizienz die wichtigste Maßnahme: 43 Prozent der Dienstleister haben bereits Maßnahmen für einen effizienteren Energieeinsatz ergriffen, 27 Prozent planen derzeit solche Maßnahmen.



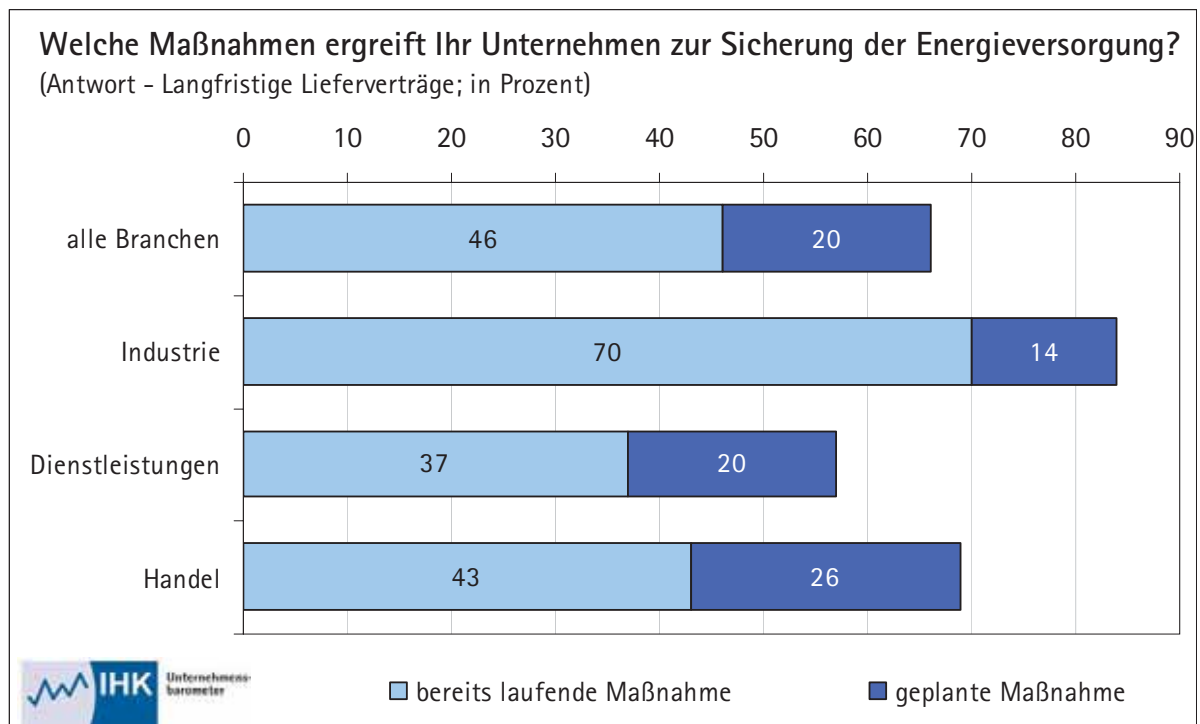
Um die Energieversorgung zu sichern und mit stabileren Preisen kalkulieren zu können, suchen viele Unternehmen nach neuen Lieferanten (41 Prozent) oder planen dies (22 Prozent). Ab April 2012 wird ein Wechsel zu einem neuen Versorger maximal drei Wochen dauern statt wie bisher im günstigsten Fall einen Monat. Die Versorgung kann dann zu jedem Werktag beginnen und ist nicht länger auf den ersten des Monats beschränkt. Die Industrie hat die Suche nach neuen Lieferanten bereits vielfach intensiviert (60 Prozent), weitere 17 Prozent der Industrieunternehmen stehen in den Startlöchern. Etwas überraschend: Auch im Baugewerbe, im Handel und im Dienstleistungsgewerbe ist das Thema Lieferantenwechsel für eine Mehrheit aktuell. Das zeigt, dass der Wettbewerb im Endkundengeschäft knapp 14 Jahre nach der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in dieser Hinsicht funktioniert.



Die Wechselstimmung bedeutet nicht, dass Unternehmen stabile Lieferbeziehungen nicht zu schätzen wüssten: Langfristige Lieferverträge sind für zwei Drittel der Unternehmen erstrebenswert. Dies gilt besonders für die Industrie, die zu 70 Prozent langfristige Bindungen praktiziert und zu 14 Prozent anstrebt. Nicht ganz so stark ausgeprägt ist der Bindungswille im Handel, während im Dienstleistungsgewerbe angesichts niedrigerer Energiemengen die kurzfristige Beschaffung auf dem Markt näher liegt. Kleine Unternehmen tendieren erwartungsgemäß weniger zu langfristigen Lieferverträgen. Mangels hinreichender Nachfragemacht können sie in der Regel keine besonderen Konditionen erzielen. Sie sehen sich besser bedient, wenn sie flexibel bleiben.

Ein weiteres Instrument für stabilere Preise bei der Energieversorgung ist die Absicherung durch Termingeschäfte. Jedes fünfte Unternehmen greift darauf zurück oder plant dies für die Zukunft. Unter den - von schwankenden Energiepreisen besonders betroffenen - Industrieunternehmen sichert sich sogar ein Viertel mit Hilfe von Termingeschäften ab; weitere zehn Prozent wollen künftig auf Absicherungsgeschäfte zurückgreifen. Vor diesem Hintergrund sollten die von der

Politik geplanten neuen Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung durch Ausnahmen sicherstellen, dass die Absicherung durch Terminkontrakte beim Energiehandel möglich und bezahlbar bleibt.

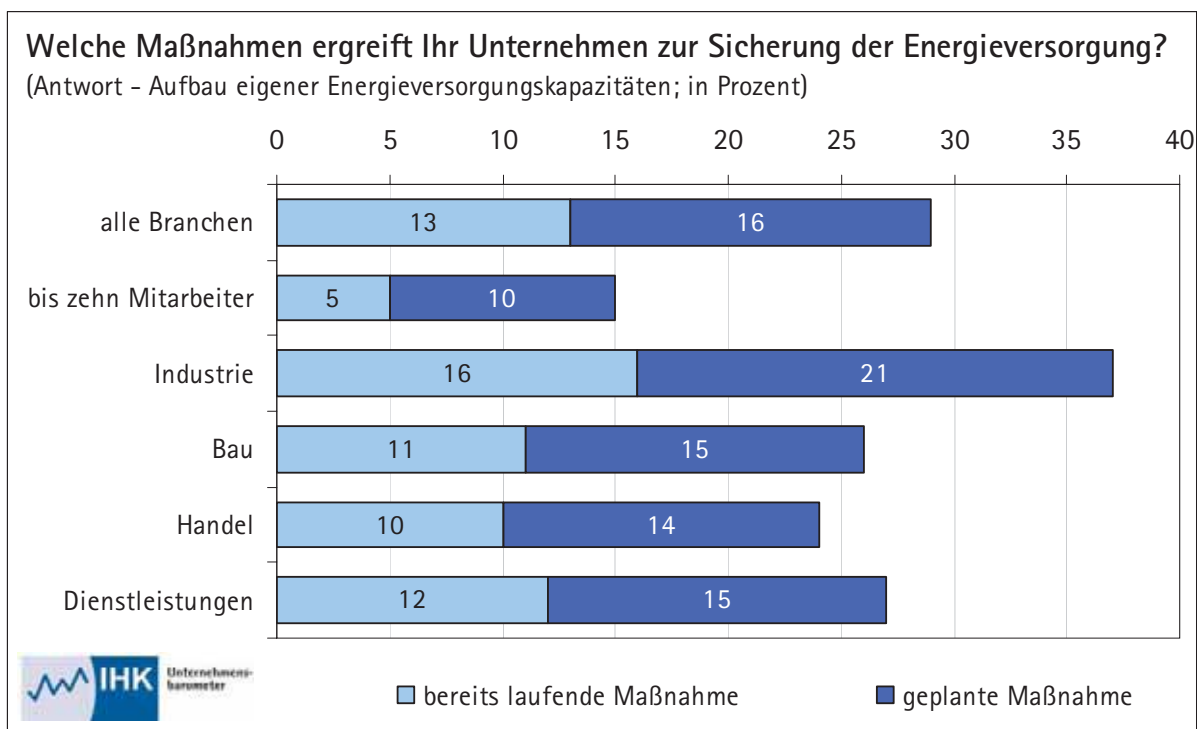


Immer mehr Unternehmen setzen sogar auf den Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten. Das gilt vor allem für Industrieunternehmen, unter denen bislang 16 Prozent Maßnahmen für die Schaffung eigener Versorgungskapazitäten angegangen sind und ein noch höherer Anteil (21 Prozent) dies plant. War eine eigene Energieversorgung bisher vorwiegend ein Thema größerer Industriebetriebe, wird sie immer mehr auch für den Mittelstand interessant – immerhin zehn Prozent der Unternehmen bis zu zehn Mitarbeiter haben dies auf der Agenda (fünf Prozent haben dies bereits umgesetzt). Nutzung von Erdwärme, Solarthermie oder Kraft-Wärme-Kopplung ist auf dem Vormarsch und auch für kleinere Unternehmen realisierbar. Über alle Branchen hinweg haben mehr Unternehmen den Aufbau einer eigenen Energieversorgung geplant als bereits umgesetzt. Selbst unter Dienstleistern, Händlern und Bauunternehmern wollen 15 Prozent eine eigene Energieerzeugung angehen. Dies zeigt, dass auch für branchenfremde Unternehmen manche Formen der eigenen Energieerzeugung – unter Berücksichtigung der EEG-Förderung – wirtschaftlich interessant sind. In dem hohen Anteil geplanter Maßnahmen spiegeln sich auch ein gesteigertes Umweltbewusstsein sowie die Sorge der Unternehmen um eine stabile und ausreichende Versorgung mit Energie wider. Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie und die für eine dezentrale Energieerzeugung nicht ausgelegte Netzinfrastruktur führen bei vielen Unternehmen zu Verunsicherung. Vor allem Industrieunternehmen fürchten Stromausfälle und Spannungsschwankungen und setzen deshalb auf den Aufbau eigener Kapazitäten.

Neben den genannten Maßnahmen nehmen immer mehr Unternehmen auch Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) ins Blickfeld. Mit neuen Technologien, Produkten und



Prozessen wollen sie Energie einsparen und effizienter nutzen. Ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent) ist hier bereits aktiv oder plant die Verstärkung von FuE. Treiber ist die Industrie, in der sich 53 Prozent der Unternehmen um FuE-Maßnahmen kümmern; 34 Prozent haben diese bereits ergriffen und 19 Prozent planen sie. Auch hier zeigt sich, dass die Wirtschaft die Herausforderung Energiewende proaktiv annimmt und ihr mit kreativen Strategien begegnet. Dazu gehört beispielsweise die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, insbesondere im Bereich der Energiedienstleistungen. Durch eine intensivierte FuE-Tätigkeit wollen die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und können so gleichzeitig einen Beitrag zum Schutz der Ressourcen leisten.



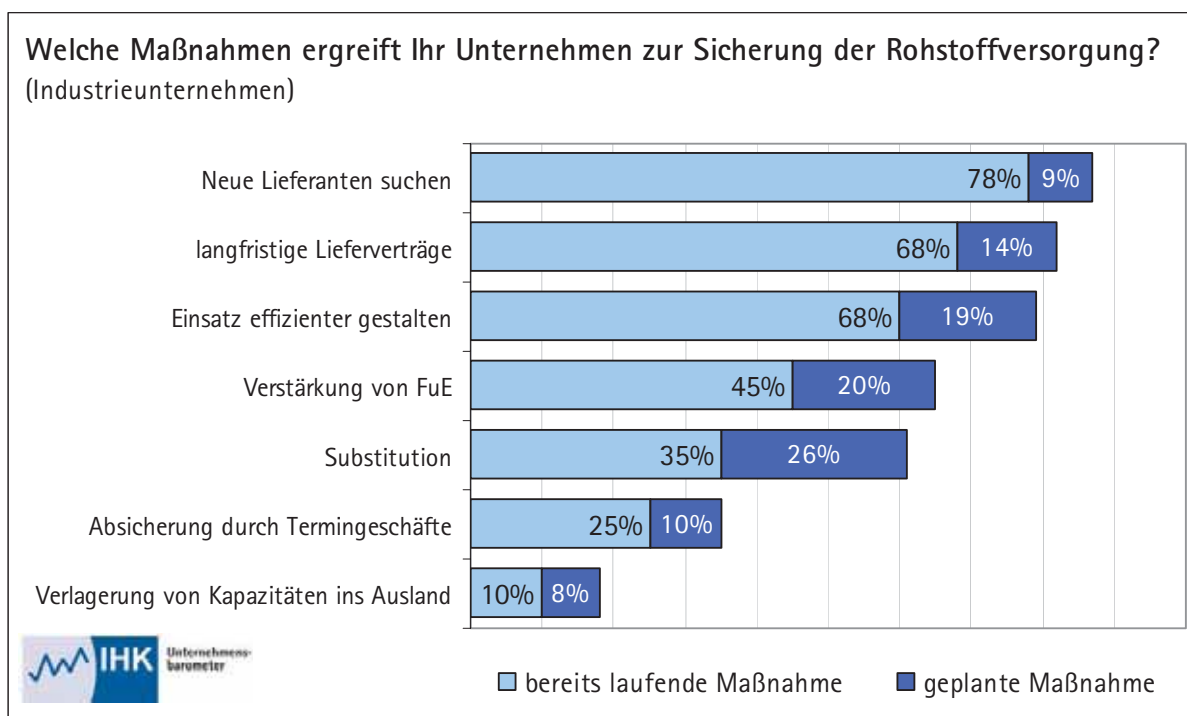
## 2.2 Konkurrenz um Rohstoffe: Diversifizierung und Ressourcenmanagement als Antwort

Für viele Rohstoffe sind zunehmend Angebotsengpässe zu beobachten; die Preise steigen kräftig. Grund dafür ist zum einen die stark steigende Nachfrage, die sich aus der weltweiten Bevölkerungszunahme und dem Wirtschaftswachstum insbesondere der Schwellenländer ergibt. Die Steigerung der Kapazitäten zur Rohstoffgewinnung benötigt Zeit und erhebliche Investitionen. Zum anderen halten einige Exportländer ihr Angebot auf dem Weltmarkt künstlich knapp. Gerade in den für die Energiewende so wichtigen „grünen Technologien“ wie Windkraftträdern, Photovoltaik und LEDs sind Rohstoffe wie beispielsweise die „Seltene Erden“ enthalten, die sich drastisch verteuert haben. Immer mehr Unternehmen müssen deshalb ihre Anstrengungen zur Sicherung der Rohstoffversorgung verstärken. Die Betroffenheit der Branchen ist allerdings unterschiedlich ausgeprägt: Direkt betroffen von der knappen Verfügbarkeit von Rohstoffen sind vor allem Industrie und Baubranche, während sie für Handel und Dienstleistungsunternehmen eher mittelbar ist. Im Vergleich zum DIHK-Unternehmensbarometer 2010 rückt die Frage der

knappen Ressourcen immer weiter ins Bewusstsein der Unternehmen. Die Betriebe ergreifen noch stärker Maßnahmen zur Schonung der Ressourcen.

Wird die Rohstoffversorgung unsicher, ist es naheliegend, die Beschaffungsstrategie zu ändern. Entsprechend hoch sind die Anteile der Unternehmen aller Branchen, die sich nach neuen Lieferanten umschauen (54 Prozent) und sich um langfristige Lieferverträge bemühen (47 Prozent). Zudem versuchen 18 Prozent der Unternehmen, sich durch Termingeschäfte vor allzu großen Preisrisiken zu schützen. Die knappe Verfügbarkeit von Rohstoffen ist jedoch kein vorübergehendes Phänomen. Daher bemühen sich die Unternehmen darum, auch den Einsatz von Rohstoffen zu verringern. Die Hälfte aller Unternehmen (51 Prozent) kümmert sich um einen effizienteren Einsatz von Rohstoffen. Auch die Substitution von knappen Rohstoffen (31 Prozent) sowie das Engagement in Forschung und Entwicklung (25 Prozent) werden immer wichtiger.

Wie die Ergebnisse der Befragung deutlich bestätigen, steht besonders die Industrie bei der Rohstoffversorgung vor großen Herausforderungen. Aus diesem Grund werden die Antworten der Industrieunternehmen im Folgenden näher beleuchtet:



Auf der Suche nach Rohstoffen zu angemessenen Preisen und in der erforderlichen Qualität setzt die Industrie an erster Stelle auf eine Vielfalt der Lieferanten. Drei Viertel (78 Prozent) suchen bereits nach neuen Lieferanten, weitere neun Prozent planen dies. Gleichzeitig versuchen fast alle Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (82 Prozent), sich durch langfristige Lieferverträge abzusichern. Dieses Ziel ist in einem unsicheren Marktumfeld zunehmend schwierig umzusetzen. In der Diskussion stehen deshalb auch Maßnahmen der Rückwärtsintegration: Unternehmen versuchen, vorgelagerte Produktionsstufen bis hin zur Rohstoffgewinnung zu integ-

rieren. Ein Beispiel sind Einkaufskooperationen, die sich auch für kleinere Unternehmen anbieten.

Auch das Ressourcenmanagement wird für die Industrieunternehmen immer wichtiger, denn der günstigste Rohstoff ist der, den man nicht einkaufen muss. Die Erfahrungen zeigen, dass hier vor allem bei KMU noch erhebliches Potenzial liegt. 79 Prozent der Industrieunternehmen setzen auf einen effizienteren Einsatz von Rohstoffen – ein Wert weit über dem Durchschnitt aller Branchen (51 Prozent). Die Substitution von Rohstoffen spielt ebenfalls eine Rolle: Ein Drittel (35 Prozent) der Industrieunternehmen ergreift bereits solche Maßnahmen, gut ein Viertel (26 Prozent) plant Substitutionen. Der vergleichsweise hohe Anteil der Industrieunternehmen, die sich hier noch in der Planungsphase befinden, zeigt, dass die Substitution von Rohstoffen inzwischen von vielen Unternehmen als Option erkannt wurde. Er ist aber auch ein Hinweis darauf, dass die tatsächliche Umsetzung solcher Maßnahmen häufig nur mit hohem Aufwand im Produktionsprozess erfolgen kann. Der Substitution sind zudem Grenzen gesetzt, da auch viele Ersatzrohstoffe zunehmend knapp werden.

Um das Potenzial des Ressourcenmanagements voll auszuschöpfen, bedarf es intensiver Forschungs- und Entwicklungsarbeit. 45 Prozent der Industrieunternehmen führen bereits Forschungsprojekte durch, 20 Prozent planen sie. Damit beschäftigen sich insgesamt zwei Drittel der Industrieunternehmen aktiv mit FuE. Hierin beweist sich die hohe Innovationskraft der deutschen Industrie – die FuE als Schlüssel nutzt, um im globalen Wettbewerb um Rohstoffe zu bestehen. Ziel ist ein ressourcenschonender Einsatz bei der Herstellung von Produkten.

### 2.3 Deutschland als Industriestandort unter Druck

Trotz der deutlich gestiegenen Besorgnis um eine sichere und günstige Energie- und Rohstoffversorgung bleiben die Unternehmen dem Standort Deutschland mehrheitlich treu. Allerdings geben sieben Prozent (bei Energie) bis acht Prozent (bei Rohstoffen) an, die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland durchzuführen oder zu planen. Das ist angesichts der insgesamt recht guten Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland durchaus beachtlich. In der Industrie liegt der Anteil mit 15 bis 18 Prozent doppelt so hoch und zeigt, dass der Standort Deutschland mit Blick auf Energie- und Rohstoffversorgung für Industrieunternehmen erheblich an Qualität verliert.

Insgesamt investieren immer weniger Industrieunternehmen aus Kostengründen im Ausland – Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland.<sup>3</sup> Allerdings hat aufgrund unsicherer Rohstoffversorgung bereits jedes zehnte Industrieunternehmen Maßnahmen zur Verlagerung der Produktion ins Ausland ergriffen, weitere acht Prozent planen dies. Mit Blick auf die Energieversorgung sind die Anteile nur leicht geringer (neun bzw. sechs Prozent).

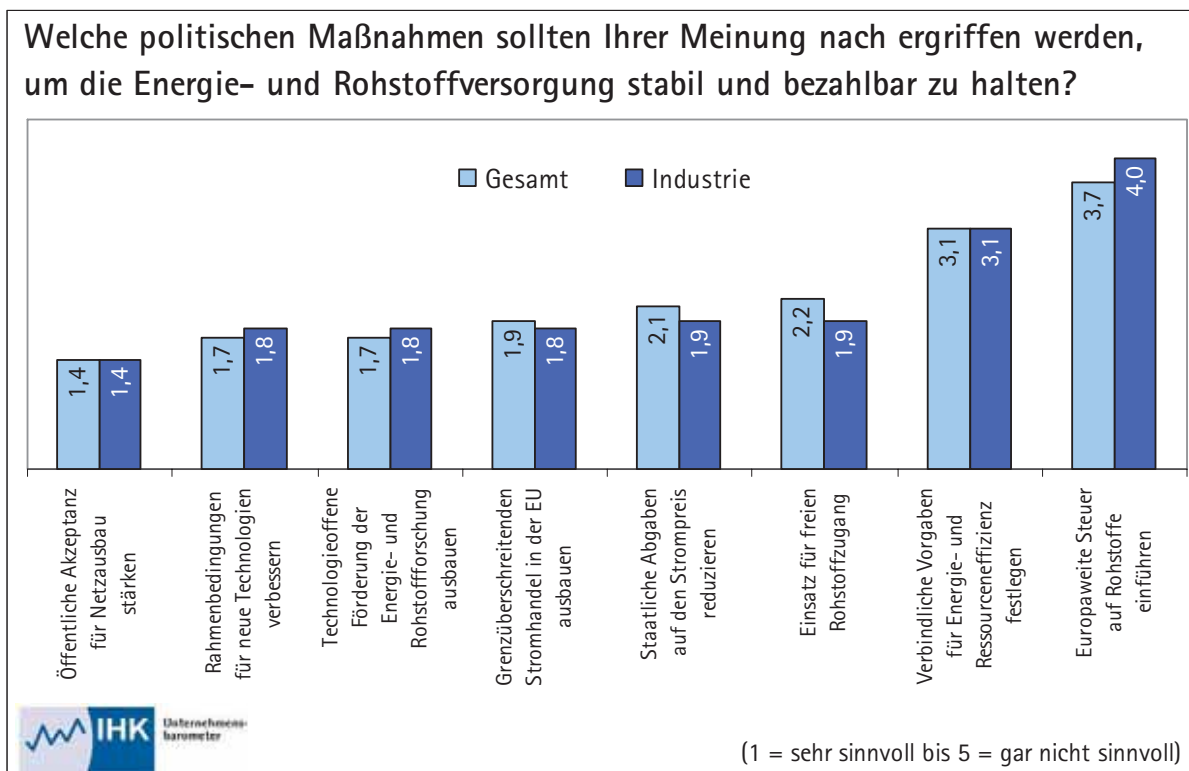
---

<sup>3</sup> Vgl. DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen der Industrie 2011.

Das deutet darauf hin, dass die Rahmenbedingungen für industrielle Produktion in Deutschland vor allem hinsichtlich des Standortfaktors „Energie- und Rohstoffversorgung“ in Gefahr gerät. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen und die Energieversorgung sind entscheidende Wettbewerbsfaktoren, die die Unternehmen offenbar an manchen Standorten außerhalb Deutschlands günstiger vorfinden. Dies dürfte umgekehrt auch die Entscheidung ausländischer Unternehmen beinträchtigen, sich in Deutschland anzusiedeln und zu investieren.

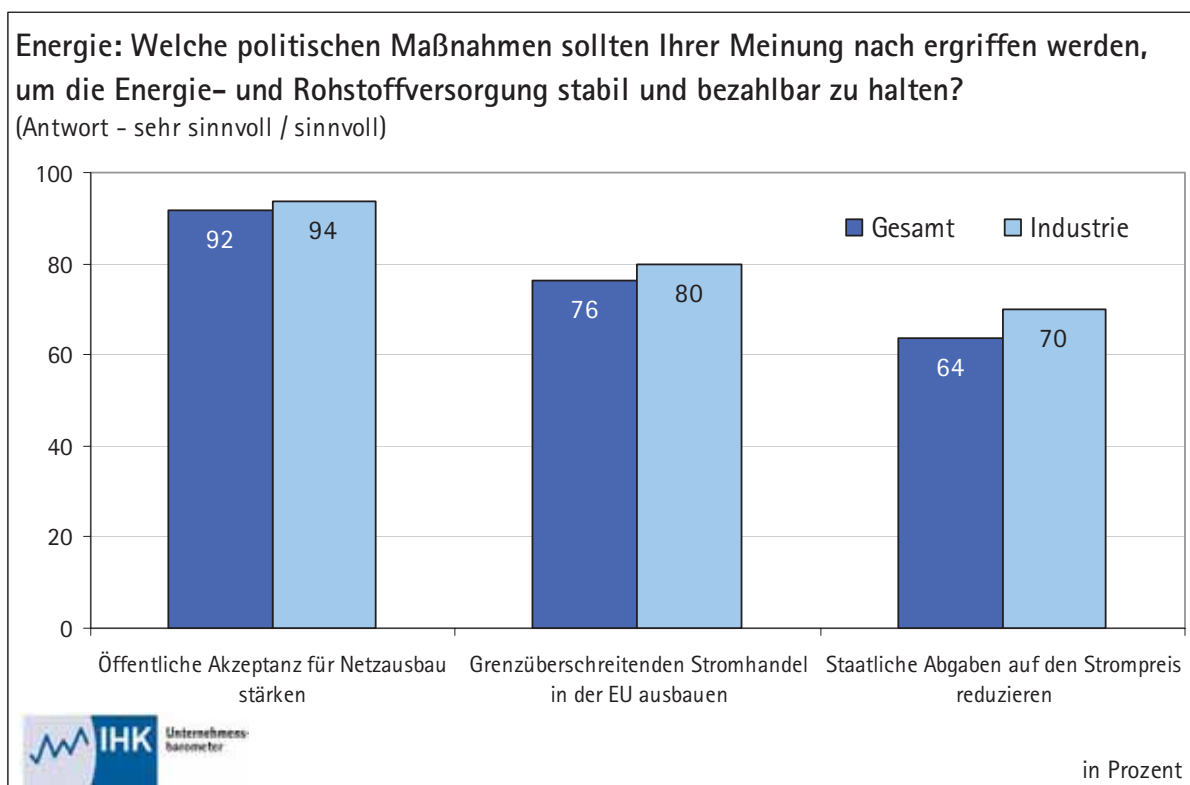
### 3. Deutsche Wirtschaft fordert verlässliche Rahmenbedingungen

Die Unternehmen stellen sich den neuen Herausforderungen der Energie- und Rohstoffversorgung, benötigen dafür aber auch Unterstützung seitens der Politik. Die Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen mit ausreichend Spielraum für Eigeninitiative und Innovation! Im Ranking der von der Wirtschaft geforderten politischen Maßnahmen (nach Durchschnittsnoten, Skala 1 bis 5) liegen – vor dem Hintergrund der Energiewende – insbesondere mehr Akzeptanz für Netzausbau (Note 1,4), bessere Bedingungen für neue Technologien (Note 1,7) sowie die Stärkung der technologieoffenen Energie- und Rohstoffforschung (Note 1,7) vorne. Auch bei der Einbindung in den europäischen Kontext (Note 1,9) und beim internationalen Rohstoffhandel (Note 2,2) sieht die Wirtschaft die Politik klar in der Pflicht. Unerwünscht hingegen sind Preis treibende Instrumente wie Abgaben (Note 2,1 für deren Reduzierung) und neue Steuern (Note 3,7 bei deren Einführung) sowie sonstige Eingriffe in das unternehmerische Handeln (Note 3,1 zu verbindlichen Effizienzvorgaben). „Energie und Rohstoffe für morgen“: Die Herausforderungen sind groß und es gibt viel zu tun!



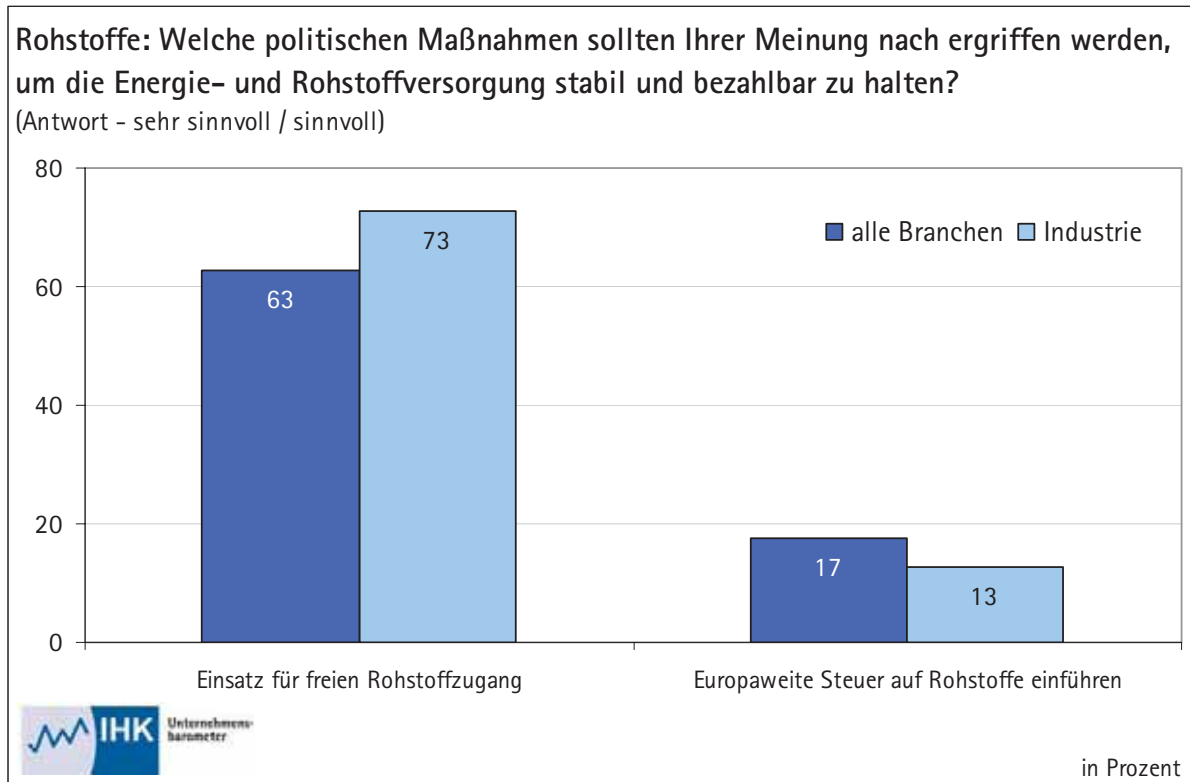
### 3.1 Die Energiewende meistern: Höhere Akzeptanz, mehr Europa, weniger Abgaben auf Strompreise

Die Politik darf die Wirtschaft mit den Auswirkungen der Energiewende nicht überfordern, sie muss die richtigen Rahmenbedingungen für ihre erfolgreiche Umsetzung schaffen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft steht die Stärkung der öffentlichen Akzeptanz des notwendigen Netzausbaus dabei ganz oben auf der Agenda: 92 Prozent der Unternehmen halten diese Maßnahme für sinnvoll oder sehr sinnvoll. Den Unternehmern ist bewusst, dass die Energiewende nur mit einem massiven Ausbau der Netzinfrastruktur zu bewältigen ist. Wind von Offshore-Windanlagen in der Nordsee muss in die industriellen Ballungszentrum geleitet, Leistungsschwankungen erneuerbarer Energie ausgeglichen und viele dezentrale Erzeugungseinheiten in die Netzinfrastruktur eingebunden werden. Das ist eine Mammutaufgabe, die aus Sicht der Wirtschaft noch nicht mit der entsprechenden Konsequenz angegangen wird. Die Erfahrung aus vielen großen und kleinen Infrastrukturprojekten vom Windrad bis zur Autobahn – und nicht zuletzt Stuttgart 21 – zeigt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung eine notwendige Voraussetzung ist.



Zu einer sicheren Stromversorgung gehört nach Meinung der Unternehmer auch die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts. Nur wenn grenzüberschreitend agiert wird, können Leistungs- und Nachfragespitzen ausgeglichen werden. 76 Prozent der Unternehmen halten es für sinnvoll oder sogar sehr sinnvoll, den grenzüberschreitenden Stromhandel in der EU auszubauen. In den Branchen Industrie und Bau ist diese Forderung mit Werten von jeweils 80 Prozent sogar noch ausgeprägter. Dies ist ein klarer Appell an die Bundesregierung, ihre Energiepolitik nach dem Alleingang der Energiewende nun wieder stärker in den europäischen Kontext einzuordnen und sich für den Energiebinnenmarkt stark zu machen. Es gibt hier noch viel zu tun,

denn für einen vollständig integrierten europäischen Strom- und Gasmarkt bestehen noch rechtliche und physische Hindernisse. So müssen insbesondere grenzüberschreitende Infrastrukturen ausgebaut und die bestehende Gesetzgebung in allen Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Hierfür sollte sich die Bundesregierung einsetzen.



Im Rahmen der Energiewende werden immer wieder neue Subventionen diskutiert, z. B. für Kraftwerke und Kapazitätsmärkte. Finanzielle Förderungen erhöhen jedoch die bereits hohen staatlichen Abgaben auf den Strompreis. Und diese Abgaben bereiten der Wirtschaft große Probleme. Erneuerbare-Energien-Umlage, KWK-Förderung, Stromsteuer und Konzessionsabgabe belasten die Unternehmen: 64 Prozent aller Unternehmen halten es daher für sinnvoll oder sehr sinnvoll, die staatlichen Abgaben zu reduzieren. Letztere sollten sich auf ein Mindestmaß beschränken und neue Entwicklungen flexibel mit einbeziehen, z.B. bei der Förderung der erneuerbaren Energien. Subventionen entsprechen nicht dem Modell des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Strommarkt und werden von der breiten Masse der Wirtschaft abgelehnt. Der DIHK hat sich mit seinem energiepolitischen Positionspapier vom November 2011 entsprechend geäußert.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Beschluss des DIHK-Vorstandes vom 17. November 2011 zu den Anforderungen der Wirtschaft an eine künftige Energiepolitik, <http://www.dihk.de>

### 3.2. Zugang zu Rohstoffen zu wirtschaftlichen Preisen sichern

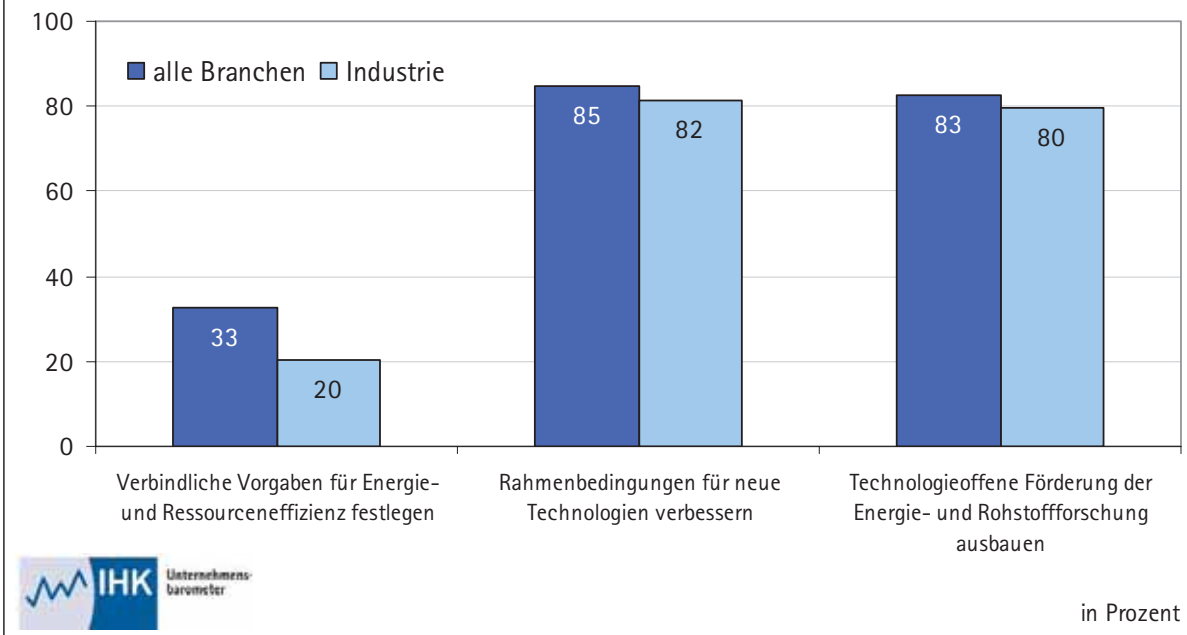
Im Bereich der Rohstoffversorgung sehen die Unternehmen vor allem dort Handlungsbedarf seitens des Staates, wo es um freien Zugang zu Rohstoffen geht: 63 Prozent der Unternehmen weisen der Politik hier einen Auftrag zu. Hintergrund ist die Befürchtung, dass einige rohstoffreiche Länder Exportschranken errichten, um sich selbst mit ihren Produkten im Weltmarkt Vorteile zu verschaffen. Die Bundesregierung und die EU-Kommission sind gefragt, sich global für einen freien und fairen Zugang zu Rohstoffen einzusetzen. Rohstoffabkommen, wie das von der Bundesregierung vereinbarte Abkommen mit der Mongolei, sind ein guter Ansatz. Der Rohstoffsicherung muss bei Handelsvereinbarungen zukünftig eine zentrale Rolle eingeräumt werden. Auf multilateraler Ebene müssen sich EU-Kommission und Bundesregierung klarer für eine Verbesserung der WTO-Handelsregeln und den Abbau von Handelsschranken stark machen wie Exportzöllen und -steuern auf Rohstoffe sowie wettbewerbsbeschränkende Subventionen (z. B. das sog. Dual Pricing). Der Zugang zu Rohstoffen ist aber auch eine Frage der Information über Vorräte, Abbauvorhaben und politische Rahmenbedingungen in den Abbauländern. Die Gründung der Deutschen Rohstoffagentur DERA durch die Bundesregierung ist hier ein Beitrag für mehr gesicherte Informationen.

Auf deutlichen Widerspruch der Industrieunternehmen stoßen Überlegungen, europaweite Steuern auf die Rohstoffnutzung einzuführen: 65 Prozent lehnen eine solche Maßnahme als nicht sinnvoll ab, gegenüber nur 13 Prozent von Befürwortern. Ein durch Steuern erhöhter Rohstoffpreis soll die Unternehmen zu einem effizienteren Einsatz von Rohstoffen lenken. Angesichts der bestehenden hohen Rohstoffpreise und großer Preisschwankungen ist eine Lenkungsfunction solcher Steuern jedoch kaum zu erwarten. Stattdessen entzögen sie den Unternehmen Finanzmittel, die sie für Investitionen in neue Technologien und Ressourceneffizienz benötigen. Die Lenkung des Rohstoffeinsatzes ist und bleibt Managementaufgabe jedes Unternehmens.

### 3.3 Energie- und Ressourceneffizienz: Unterstützen statt verordnen

Ein entscheidendes Instrument, um den Herausforderungen sowohl bei der Energie- als auch bei der Rohstoffversorgung zu begegnen, ist ein effizienterer Einsatz. Es liegt im Interesse jedes Unternehmens, seine Wettbewerbsfähigkeit durch die Steigerung seiner Energie- und Ressourceneffizienz zu verbessern. Deshalb kann auf rechtliche Vorschriften zur Einsparung und die damit verbundene Kontrollbürokratie weitgehend verzichtet werden. Unternehmen lehnen verbindliche Vorgaben für Energie- und Ressourceneffizienz nicht pauschal ab: Immerhin ein Drittel hält diese sogar für eine sinnvolle politische Maßnahmen. Hersteller etwa von hochenergieeffizienten Produkten und Anlagen oder Energieberatungsunternehmen empfinden die Impulse von Effizienzvorgaben als wünschenswert. Dies zeigt, dass Regulierung auch Märkte schaffen kann. So erzeugt der Zwang zur Investition in neue Produktionstechnik anderswo willkommene Absatzchancen. Allerdings findet sich Zustimmung vor allem unter Dienstleistungsunternehmen (41

**Technologie und Effizienz: Welche politischen Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden, um die Energie- und Rohstoffversorgung stabil und bezahlbar zu halten?**  
(Antwort - sehr sinnvoll / sinnvoll)



Prozent), während in der Industrie – die deutlich stärker von solchen Vorschriften betroffen ist – lediglich 20 Prozent staatliche Vorgaben für sinnvoll erachten.

Nach Meinung vieler Unternehmer dürfen sich staatliche Vorgaben insbesondere nicht zu starren und überbordenden Effizienzvorschriften entwickeln: 36 Prozent halten solche politischen Maßnahmen für nicht oder gar nicht sinnvoll. Unter den Industrieunternehmen betrachten 47 Prozent verbindliche Vorgaben kritisch. Denn solche Mindesteffizienzstandards ermöglichen einen staatlichen Eingriff in Produktion und Produktgestaltung sowie in den Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei Energie und Rohstoffen. So können sie die Innovationskraft der Unternehmen hemmen und das Wirtschaftswachstum ausbremsen. Die Wirtschaft setzt deshalb bei der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz nicht primär auf die Politik, sondern begreift sie vielmehr als eigenverantwortliche und kreative Maßnahme zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Angesichts der erheblichen noch vorhandenen und wirtschaftlich erschließbaren Potentiale für Effizienz sollte die Politik deshalb die Möglichkeiten zur Informationsvermittlung ausschöpfen, ehe sie zu gesetzlichem Zwang greift. Getreu diesem Gedanken hat die IHK-Organisation bereits 2009 eine „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ mit der Bundesregierung geschlossen, um die Themen in Eigeninitiative der Wirtschaft voranzutreiben. Das Projekt setzt auf Qualifizierung und Information – und hat bereits über 20.000 Unternehmer in Veranstaltungen erreicht.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Weitere Informationen: <http://www.klimaschutz-partnerschaft.de/>



Wünschenswert ist aus Sicht der Unternehmen zudem, dass die Politik sie bei der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz unterstützt, indem sie neuen Technologien und der Forschung in diesem Bereich mehr Gewicht einräumt: 85 Prozent der Unternehmen fordern, die Rahmenbedingungen für neue Technologien zu verbessern, und 83 Prozent sprechen sich für den Ausbau der technologieoffenen Förderung der Energie- und Rohstoffforschung aus. Politische Maßnahmen in dieser Richtung zählen damit zu den Top-Forderungen der Wirtschaft – was nicht überrascht, denn durch eine technologieoffene FuE-Förderung können Lösungen entwickelt werden, die zeitnah und effektiv einen Beitrag zur Energie- und Rohstoffsicherung und zur globalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beitragen. Zentrale Themen – insbesondere mit Blick auf die Energiewende – sind hierbei etwa die Entwicklung intelligenter Netze (smart grids) und Speichertechnologien sowie alle Bereiche der Forschung, die einen direkten Bezug zur Wertschöpfung der Unternehmen aufweisen – wie z. B. auch neue Geschäftsmodelle. Die Bundesregierung hat bereits erste richtige Maßnahmen ergriffen. So ist im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung<sup>6</sup> eine stärker systemische Forschungsförderung angekündigt. Für den Bereich der Rohstoffe wurde 2011 das Helmholtz-Institut für Ressourcentechnologie in Freiberg gegründet, das Technologien für eine effiziente und nachhaltige Rohstoffwirtschaft entwickeln soll. Gestärkt werden sollte auch die europäische Forschungszusammenarbeit zur Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz, z. B. als Element im europäischen Forschungsrahmenprogramm (Horizon 2020) oder als Innovationspartnerschaft.

Die Unternehmen sehen bei den Rahmenbedingungen für neue Technologien großen politischen Handlungsbedarf. Innovative Technologien wie etwa zur Stromspeicherung oder zur Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub> (CCS) stoßen auf mangelnde Akzeptanz von Gesellschaft und Politik. So ist auch bislang das für Demonstrationsprojekte notwendige CCS-Gesetz in Deutschland nicht zustande gekommen. Das heißt, dass ausgerechnet im größten Industrieland Europas an dieser Technologie nicht geforscht werden kann. Zudem zeigen andere aktuelle Umfragen wie der DIHK-Innovationsreport 2011<sup>7</sup>, dass generell eine mangelnde Akzeptanz von Technologie und Innovation zunehmend als Hemmnis für wettbewerbsförderliche Veränderungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland wahrgenommen wird. Die Politik sollte deshalb Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung ergreifen und sie auch als Baustein bei der Forschungsförderung vorsehen. Initiativen wie die Plattform „Zukunftsfähige Energienetze“ des BMWi, an der der DIHK beteiligt ist, sind Schritte in die richtige Richtung. Es gilt, gemeinsam mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit Informationsbarrieren abzubauen.

---

<sup>6</sup> Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung – das 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung, August 2011

<sup>7</sup> DIHK-Innovationsreport 2011 – Innovationsdynamik deutscher Unternehmen ungebrochen, Dezember 2011